

Erstheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Filial-Expeditionen für die
Bereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Wm. Lueters,
409 Maystr. Chicago, Ill.
Peter Hah,
S. W. Corner Third and
Coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Steuern
für 21 1/2 Sgr., für die
übrigen Deutschen Staaten
16 Sgr. pro Quartal.
Monats-Abonnements
werden bei allen Deutschen
Postanstalten auf den 1ten
u. 3ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen, im Kgr. Sachsen
u. Preuß. Sachl.-Altenburg
auch auf den 1ten Monat
4 5/8 Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 123.

Freitag, 12. December.

1873.

Denunzianten. (Schluß.)

Man sagt uns, die öffentliche Meinung trage ein Correctiv gegen derartige Ausschreitungen in sich selbst. Wir spüren nicht viel davon; wenn zwei Jahre nach der Pariser Commune (Hu! hu!) diese Dinge Bedeutung gewinnen können, so ist uns dies ein Beweis, daß man nicht allzu viel Vertrauen auf die Selbstberichtigung in den Anschauungen der Massen setzen darf. Daß auf eine genügende Gegenwirkung Seitens der anders gestimmten Presse nicht zu hoffen steht, kann ohnehin von keinem vernünftigen Menschen bezweifelt werden. Will man unter solchen Umständen im Ernste behaupten, der Nutzen einer freien Discussion wiege die unendliche Verheerung auf, die in den Gemüthern durch dergleichen Blätter angerichtet wird? — Wir glauben, daß die Bestimmungen der Preßgesetz-Vorlage vom vorigen Herbst sichtlich ganz andere sein und ihren Zweck gegen die sozialdemokratische Presse doch hätten erreichen können. Aber wir gestehen offen, daß, wenn nur ein Preßgesetz der projectirt gewesenen Art im Stande wäre, diesem Unfuge ein Ende zu machen, wir unsererseits keinen Augenblick uns besinnen würden dasselbe zu acceptiren. Auch glauben wir, daß die ganze Mehrzahl derer, die damals in höchste Entrüstung über eine solche Vorlage geriethen, und zustimmen würden, wenn sie genauer wüßten, wozu die von ihnen geliebte Preßfreiheit gegenwärtig benutzt wird. (Wir glauben es gern, und registriren mit Vergnügen das „offene Geständniß“.)

„Dahals, als die demokratische und republikanische Idee als der nothwendige und einzig naturgemäße Gipfelpunkt alles Staatsrechts betrachtet wurde, mochte es im Pluge sein, der Propaganda für diese Idee den denkbar weitesten Spielraum zu geben. Degt mag es schon gestattet sein, an der absoluten Geltung derselben zu zweifeln, also auch daran, ob die in Wort und Schrift betriebene Propaganda für sie unter allen Umständen eine segensreiche ist. Aber scharflich kann es nicht gestattet sein, daran zu zweifeln, daß es das Gegentheil des Segens ist, wenn für den Umsturz alles Bestehenden, und zwar nicht einer allgemein angenommenen Sache, sondern einer bloßen, von Annahmen, Voraussetzungen und Vermuthungen der theilweise tollsten Art und durch sonst nichts gestützten Phantasiegeburt zu Liebe in der hier charakterisirten Weise Propaganda gemacht wird. Das kann und darf nicht so fortgehen. Es muß dieser Partei und ihren Wortführern mit den Mitteln des Staates ernstlich zu Gemüthe geführt werden, daß nicht die von ihnen vertretene Masse für die Einrichtungen und Ziele des Staates und der Gesellschaft maßgebend ist, sondern die Summe von Cultur-Erwerbungen, welche durch lange und schwere Arbeit erworben sind, und welche wir dem Menschenge-schlechte bewahren wollen!“

Soweit Herr Schulze. Betrachtet ihn Euch, Ihr Arbeiter. So sieht ein liberaler Bourgeois und Kathedersozialist aus!

Und nun noch ein Wörtchen mit der „Confordia“. Sie hat unter dem Erguß ihres Schulze nachstehende Note gesetzt:

„Nach unserer Ansicht thut der Verf. des obigen Artikels dem „Volksstaat“ im Grunde schon viel zu viel Ehre an, daß er von dessen absurden Schwärmungen (!) überhaupt Notiz nimmt. Die Frage kann hier nur die sein: hat unser Correspondent Recht und ist die öffentliche Meinung über den eigentlichen Charakter des „Volksstaats“ und der ihm gleichartigen Presse in der That immer noch zu wenig orientirt? Und dies muß, nach den verschiedensten Wahrnehmungen zu schließen, allerdings bejaht werden; insbesondere wäre die Gleichgültigkeit, ja Stumpfheit, womit man diesem heillosen Treiben zusieht, außerdem völlig unerklärlich. Nun kann der „Volksstaat“ freilich sagen: Aber es ist möglich, daß durch diese fortwährenden Hinweise auch die Regierungen aufmerksam werden und mir in Folge davon schärfer als bisher von ihren Staats-anwälten auf die Finger sehen lassen; die Correspondenzen des Herrn S. wären dann also, wenn auch vielleicht nicht der Absicht, doch dem Erfolge nach denunziatorisch. Das mag wahr sein (ist wahr, liebe „Confordia“, schade, daß der „Erfolg“ fehlt), aber — was soll daraus folgen? Der „Volksstaat“, der die ganze deutsche Nation, ihre Führer und ihre Presse, mit Ausnahme seines speziellen Anhangs, fortwährend mit den gemeinsten und empörendsten Beschimpfungen überhäuft, und kein Hehl daraus macht, daß er die ganze bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung je eher je lieber in die Luft sprengen möchte: dieser selbe „Volksstaat“ scheint sich gleichwohl einzubilden, daß er Anspruch darauf habe, von uns Anderen als Vertreter einer anständigen und berechtigten Partei angesehen, und demgemäß, wenn auch als Feind, doch als achtbarer und ebenbürtiger Feind behandelt zu werden. Allein diesen Anspruch haben er und seinesgleichen entschieden nicht. Und zwar keineswegs etwa darum nicht, weil sie die sozialdemokratischen Principien vertreten. Der „Volksstaat“ wird uns ohne Zweifel weder glauben noch verstehen, wenn wir (nicht ihm, sondern unseren Lesern) wiederholt versichern, daß wir die bodenlose Nicht-würdigkeit seines Auftretens nicht bloß darum beklagen und verabscheuen, weil dadurch ein Theil des Arbeiterstandes unheilbar vergiftet wird, sondern auch aus dem Grunde, weil eine respektable Vertretung der Sozialdemokratie in Deutschland, gegenüber manchen unlängbaren äußeren und inneren Gebrechen der bürgerlichen Gesellschaft, immerhin Gutes stiften könnte. Mit einer halbwegs anständigen sozialdemokratischen Presse könnte man z. B. auch ganz wohl in eine Polemik eintreten — aber der unsrigen d. h. ihren bekannten beiden Hauptorganen gegenüber, ist dies völlig unmöglich, schon ihrer grenzenlosen Verlogenheit und Monolithät wegen; so

wie sie ist und sich gerirt, sind ihre Wirkungen nur gemeinschädlich, und wenn wir früher die Ansicht ausgesprochen, daß die Existenz der Sozialdemokratie den Nutzen habe, unsere bürgerlichen Klassen aus ihrer Inbolenz und Selbstsucht aufzurütteln, so galt dies eben nur von der Thatsache des Bestehens einer solchen Partei über-haupt; ihre leitende Presse aber ist unbedingt und schlechthin vom Uebel. Nach Alledem können dieser Presse gegenüber auch solche Rücksichten wie die oben erwähnten gar nicht in Betracht kommen; daß Blätter von dem Charakter des „Volksstaats“ ihr Wesen ungehindert und unbelästigt fortführen, ist kein Interesse der öffentlichen Freiheit, ebenso wenig, wie daß z. B. eine Bande von Einbrechern nicht abgefaßt wird.

So das edle Organ des edlen Fabrikantenkundes! Die Aus-laffung kennzeichnet sich selbst zu gut, als daß wir viel dazu zu-be-merken hätten. Für das Eingeständniß, daß Herr Schulze, Kathedersozialist, ein Denunziant, sind wir der „Confordia“ verbunden. Den Vorwurf, daß er uns „zu viel Ehre anthut“, indem er uns denunziert, hätte man ihm aber ersparen sollen, zumal das edle Fabrikantenkund-Organ es einerseits ebenfalls für nothwendig hält uns zu denunziren, und die Schulze'sche Denun-ziation zu verstärken, und durch das redactionelle Siegel zu be-glaubigen, woraus doch zur Evidenz erhellt, daß nach der wirk-lichen Ansicht der „Confordia“ Herr Schulze uns noch zu wenig „Ehre angethan hat“ mit seinen kathedersozialistisch-fabrikanten-bündlerischen Denunziationen. Daß die „öffentliche Meinung“ über uns „noch wenig orientirt“, daß sie an „Gleichgültigkeit“ und „Stumpfheit“ laborirt, ist ein Compliment für die „öffentliche Meinung“, welches wir gern unterschreiben, um so lieber, da der Justitri die Collegen und Mitdenunzianten des edlen Fabrikanten-bund-Organ trifft. Was die Vermuthung angeht: „der Volks-staat scheine sich einzubilden, daß er Anspruch habe von uns Anderen (!) als Vertreter einer anständigen und berechtigten Partei angesehen, und demgemäß, wenn auch als Feind, doch als acht-barer und ebenbürtiger Feind behandelt zu werden“, so ist die „Confordia“ vollständig auf dem Holzweg. Wir haben nie nach der Achtung von Lumpen gestrebt und gleich allen „anständigen“ Männern aus allen Parteien halten wir Denunzianten und Ver-theidiger des Denunziationensystems für Lumpen. Die „Confordia“ würde uns durch ihre „Achtung“, die entweder ein moralisches oder ein politisches Armuthszeugniß für uns wäre, in sehr große Verlegenheit stürzen; und unseren Feinden gegenüber kennen wir bloß die Maxime des römischen Kaisers: oderint dum metuant!) Wir schlagen so hart wir können, schlage man uns so hart man kann — ein Wuthschrei des Gegners, wie diese Note der „Con-fordia“, ist uns süßester Kampflohn. Wir schlagen auf den Feind so hart wir können — schlage der Feind auf uns so hart er kann. Wir gehören nicht zu den sentimentalen „Kammerschwänzen“, welche die Schmach zwischen den unversöhnlichen Principien der alten und neuen Welt als Thränen- und Nüßfüßel auffassen, worin die groß- und weichherzigen Gegner sich abwechselnd harm-los duelliren und gefühlvoll um den Hals fallen. Wir wissen, der Kampf muß ausgelämpft werden; wir sind im Gewähle; Nie-mand schont uns; jedes Mittel, uns zu schädigen, uns zu ver-nichten, wird angewandt, und wir sollten mit solchen Gegnern ritterliche Händedrücke austauschen? Pas si bête! Solche Fes-sel sind wir nicht. Nicht wir sind die Angreifer. Die schlechteste Vertheidigung aber ist, bloß des Gegners Hiebe abzuräumen. Hieb auf Hieb. Auf Einen womöglich zwei! Herrn Schulze's Regel hat unsere vollste Billigung: „man muß dasjenige thun was dem Feinde mißfällt.“ Wir hoffen, uns das Mißfallen der „Confordia“ in fortwährend gesteigertem Maas zu verdienen. Ausdrücke, wie „bodenlose Nichtwürdigkeit“, „Verlogenheit“ u. halten wir dem Bildungsgrad des Redakteurs der „Confordia“ zu Gute. Ein Schelm thut mehr als er kann.

Ob die „Confordia“ zu einer „Polemik“ mit uns geneigt ist, oder nicht, ist uns ganz gleichgültig, ebenso gleichgültig sind uns die Gründe warum sie nicht mehr mit uns „polemisiren“ will. Nachdem ihr Marz so hart auf die Finger geklopft, mag der „polemische“ Eifer sich etwas abgekühlt haben, und denunziren, Stieber und den Staatsanwalt anrufen, ist leichter und gefahr-loser als zu polemisiren und mit Bernunftgründen zu streiten.

Zu wahrhaftem Dank aber sind wir der „Confordia“ verpflichtet für die Ermuthigung des „Volksstaats“ und für das Ge-ständniß, daß die Bourgeoisipresse (nach Ansicht der „Confordia“) nicht im Stande ist, bei Preßfreiheit, d. h. wenn die Waffen gleich sind, mit dem „Volksstaat“ und der sozialdemokratischen Presse fertig zu werden, und daß uns gegenüber folglich die Preßfreiheit aufgehoben werden muß. Die in diesen Worten liegende Anerkennung aus dem Munde des Gegners ist uns ebenso schmeichelhaft, als die darin ausgesprochene geistige Ban-rounterklärung der Bourgeoisie uns freut! Die „Confordia“ möge sich aber hinter die Ohren schreiben, daß der Grundsatz, den sie hier aufstellt, der Grundsatz ist, welcher die Regier dem Scheiter-hausen und die Repräsentanten der ewigen Injanie überlieferte — der Grundsatz, auf dessen Rechnung die Plutorgien der rothen Reaction kommen, und der, wenn auf die Spitze getrieben, die fatale Eigenschaft hat, jene Volksstragerrichte hervorzurufen, so man Revolution nennt. Wer die friedliche Diskussion aus-schließt, propogirt die Gewalt. Wie die Saat so die Ernte. — Und damit verabschieden wir uns von dieser „schönen Gesellschaft“.

*) Sie mögen uns hoffen, wenn sie uns nur fürchten!

Die Grund- und Bodenfrage vor dem preussischen Landtag.

In der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 4. d. M. kam folgender Antrag von Miquel (dem Rammuth-Gründer und Gründer-Rammuth) und Genossen zur Verhandlung:

„1) Zu Kap. 1, Tit. 3 und 4 der Einnahmen (Erlös aus Ablösungen von Domänengefällen u. s. w.) Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Unter Bezug auf die Mittheilungen des Herrn Finanzministers in der Sitzung vom 24. Nov. 1873, nach welcher in Neuvorpommern die Bildung kleinerer bäuerlicher Besitzungen aus den Domänengrundstücken bereits in Erwägung gezogen ist, und auf die weiteren Mittheilungen der königlichen Staatsregierung über die in einzelnen Fällen zur Herstellung besserer Händlungswohnungen auf den Domänenvorwerken ergriffenen Maßregeln, die königliche Staatsregierung zu erfuchen: auf dem beschrittenen Wege weiter zu gehen und bei der Verwaltung der Domänengrundstücke auch die allgemeinen wirtschaftlichen Interessen grundsätzlich zu berücksichtigen, und dabei schon jetzt der Staats-regierung zu empfehlen, thunlichst auf die Bildung kleinerer und größerer bäuerlicher Stellen aus den Domänenländereien, wo die wirtschaftlichen und lokalen Verhältnisse dies rathsam erscheinen lassen, Bedacht zu nehmen, insbesondere in den geeigneten Fällen statt zu einer Verpachtung des Domänenguts im Ganzen zu schreiten, dasselbe, oder Theile desselben, den vorhandenen Stellen oder sonstigen Einwohnern angrenzender Ortschaften in einzelnen Parzellen, jedoch unter Beobachtung der sonst bei Dispositionen über Grundeigentum geltenden Grundzüge, eigenthümlich bezw. pachtwise zu überlassen, dagegen von der Verschlagung größerer Komplexe Behufs Anlage von neuen Kolonien kleinerer Eigenthümer und Arbeiter in der Regel abzusehen, endlich die Herstellung besserer eigener Wohnungen für die Händlinge auf den Domänen-vorwerken, sei es durch eigenen Bau neuer Wohnhäuser oder durch Unterstützung bauunfähiger Arbeiter kräftig zu befördern. 2) Zu Kap. 1, Tit. 3 der dauernden Ausgaben. Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die königliche Staatsregierung zu erfuchen, die Dränirung verpachteter Domänengrundstücke thunlich zu fördern und insbesondere eine Ermäßigung der Amortisationsraten für die den Pächtern Behufs der Dränirung erteilten Vor-schüsse in Erwägung zu ziehen.“

Wir geben die Debatte über diesen Antrag nach dem Berichte der „Volkzeitung“:

„Bei der Begründung des Antrages 1 spricht der Abg. Miquel die Meinung aus, daß diejenigen Landestheile am glücklichsten situirt seien, wo der Großgrundbesitzer den kleineren spannfähigen Höfen nicht schroff gegenüberstehe, und daß nur da die Auswan-derung eine starke sei, wo die Entwicklung des Kleingrundbesitzers gehindert werde. Es sei daher Sache der Provinzen und des Staates, die Entwicklung spannfähiger Höfe zu fördern, und darum halte er es für geboten, daß, falls man kleine Grundstücke verkaufe, man auch dem Käufer die Abzahlung für die ersten Jahre erleich-tere, damit die jungen Grundbesitzer nicht durch die Hypothekenlast erdrückt würden. Redner ist entschieden gegen die Verschlagung von großen Domänen zum Zwecke der Errichtung bäuerlicher Kolonien, da sich hier nur zu oft soziale Gebrechen zeigten. In allen Fällen aber, wo sich ein großes Domanium in der Nähe eines Dorfes befinde, sei es rathsam, die vorhandenen Stellen und Bauerngüter zu erweitern, nicht aber neue Stellen zu gründen. Der Wohlstand solcher Dörfer hebe sich dann bedeutend, man vermeide alle Gefahren der Kolonisation und der Verkauf der Do-mänen sei ein vortheilhafterer für den Fiskus. Die Bildung kleiner Stellen (hierunter versteht der Redner ein Bauerngut, welches die Arbeitskraft des Besitzers nicht ganz erschöpft) empfehle sich in wirtschaftlicher Beziehung für ländliche Arbeiter sehr, denn nur dadurch, daß man denselben die Erwerbung einer kleinen länd-lichen Besitzung ermögliche, sei es durchzusetzen, die Auswanderung zu verhüten; kein Gesetz der Erde könne sonst erzwingen, daß der freie Mann von der Auswanderung abgehalten werde. Endlich komme es darauf an, dem ländlichen Arbeiter, der keinen Grund-besitz erwerben könne, wenigstens gesunde Wohnungen zu verschaffen, wie das von Seiten der Großindustrie geschehe.

Abg. Hund von Hafften empfiehlt diesen Antrag dringend der Annahme des Hauses.

Der Abg. Löwe (Salbe) legt den Accent auf die wirtschaftliche Bildung. Die Auswanderung sei wie eine contagiose Krankheit, denn wenn einige Arbeiter aus einem Kreise ausgewandert seien, so suchten diese ihre Verwandte und Freunde nach sich zu ziehen, gleichviel, ob es ihnen drüben gut oder schlecht gehe. In der Gegenwart würden die von der Auswanderung angeführten Pro-vinzen durch die vorgeschlagenen Maßregeln nicht geheilt werden, allein man müsse für die Zukunft sorgen und da hoffe er, daß dies Experiment zur Schaffung eines wohlhabenden Bauernstandes führen werde, darum empfehle er den Antrag.

Finanzminister: Ich habe den Antrag so verstanden, daß die Antragsteller das Vorgehen der Regierung billigten und uns er-munterten, auf diesem beschrittenen Wege fortzuschreiten. Redner bittet nicht allzugroße Hoffnungen an die Maßregel zu knüpfen. Wenn Jemand die statistischen Tabellen für Rheinland und West-salen betrachte, so werde er sehen, daß die Bevölkerung in den ländlichen Bezirken abnehme, die in den industriellen Plätzen zu-nehme. Betreffs der überseeischen Auswanderung erfahre er, daß viele Auswanderer auf der Rückkehr nach Deutschland begriffen seien, daß also die Gefahr des Contagiums nicht allzu groß erscheine.

Abg. v. Benda hält die Frage, ob es gerathen sei, den Besitz eines Arbeiters in Grundbesitz anzulegen, für eine rein lokale, und es lehnt noch in allen volkswirtschaftlichen Kreisen an der nöthigen praktischen Erfahrung. Auch in der Fassung lasse der Antrag zu wünschen übrig und so bitte er, denselben der Agrar-Kommission zur Vorberatung zu überweisen, umso mehr, da das Amendement des Abg. Neumann ein einheitliches Vorgehen für das Hans erschwere.

Das Amendement Neumann lautet: In den Anträgen der XI. Gruppe zum Etat der Domänenverwaltung für 1874 der Herren Miquel, Dr. Bening und Genossen dahin gehend, nach dem Antrag 1 zu Kapitel 1 Titel 9 und 4 der Einnahmen nach den Worten „schon jetzt der Staatsregierung zu empfehlen, thunlichst auf die Bildung kleinerer und größerer bäuerlicher Stellen“ die Worte einzuschalten: „nebst einer den Verhältnissen entsprechenden Anzahl Eigenlöhnerstellen.“

Abg. Wagener (Straßburg) hält es für gerathen, einen Versuch mit der Verpachtung kleiner aus den Domänen zu schaffender Bauerngüter zu machen. — Hierauf wird die Diskussion über diesen Gegenstand geschlossen.

Der Antrag 1 Miquels und Genossen mit dem Unter-Amendement Neumann wird an die durch 7 Mitglieder verstärkte Agrar-Kommission verwiesen; ebendahin geht der 2. Antrag von Miquel und Genossen. Alle übrigen Titel werden unverändert angenommen.

Damit war die Sache vorläufig zu Ende. Ob der Antrag von der Agrar-Kommission begraben oder zur Annahme empfohlen und schließlich angenommen werden wird, darüber wollen wir uns den Kopf nicht zerbrechen. Im Ganzen ist es sehr gleichgültig, da die Regierung ja in ähnlicher Weise vorgehen gedenkt. Worauf läuft der Antrag hinaus: aus den Domänen- (Staats-) Gütern kleine und größere Bauernhöfe zu bilden, mit gewissen Erleichterungen für die Pächter oder neuen Eigenthümer. Man weiß aber Niemand besser als der Abgeordnete Miquel — und, wie wir aus dem stenographischen Bericht seiner Rede ersehen, hat er dies sogar selbst angedeutet — daß das kleine und mittlere Grundeigenthum, die kleine und mittlere Ackerwirtschaft „im Rückstande begriffen ist.“ Für die landwirtschaftliche Produktion gelten dieselben ökonomischen Gesetze, welche die industrielle Produktion bestimmen. Unter der heutigen kapitalistischen Wirtschaft drängt Alles zur Großproduktion. So wenig der kleine und mittlere Handwerker mit dem Großfabrikanten, so wenig kann der kleine und mittlere Landwirth mit dem Großlandwirth konkurriren. Das kleine und mittlere Eigenthum ist dem Tode geweiht. Entweder wird es von dem Großguthum verschlungen, oder es geht in der genossenschaftlichen Produktion auf, die seine einzige Rettung ist. Ein Drittes giebt es nicht. Durch Gesetzes-Duacal-bereit kann man den Prozeß in die Länge ziehen, das heißt den Todeskampf des kleinen und mittleren Eigenthums verlängern, nimmermehr aber den Tod abwenden. Gegen den ökonomischen Tod ist so wenig ein Kraut gemachsen, wie gegen den physischen. Wird der Miquel'sche Antrag vom Landtag angenommen und von der Regierung ausgeführt, so wird Preußen ein paar hundert, vielleicht ein paar tausend kleine und mittlere Grundbesitzer und Gutspächter mehr bekommen, und der Zahl seiner ländlichen Zukunftsproletarier hinzuzufügen. Voila tout. Und der Preis für dieses thörichte Experiment wäre die Zerstörung der Staatsdomänen, die unter vernünftiger Regierung den Kern für eine rationelle, gemeinnützige Regelung der Grund- und Bodenverhältnisse abgeben können.

Im Interesse der Bourgeoisie ist diese Zerstörung allerdings, denn die neugeschaffenen Bauernhöfe fallen ihr schließlich zu; und der Bourgeoisie gemordete Kommunist Miquel hat darum von seinem jetzigen Standpunkte durchaus konsequent gehandelt, indem er diesen Antrag stellte. Mag dessen Schicksal sein, welches es wolle, — in keinem Fall wird an dem endgültigen Resultat etwas geändert, daß die Landeigenthumsfrage sich früher oder später vor das Dilemma gestellt findet:

Entweder: Konzentrirung des Grundbesitzes in den Händen weniger Privat-Monopolisten; oder: sozialistische Organisation der Grundeigenthumsverhältnisse durch den Staat.

Politische Uebersicht.

— „Der Mollte des Culturkampfes“ — so tituliren die „Culturkämpfer“ den unglücklichen preussischen Kultusminister Falk, dessen verzweigte Machinationen auf kirchlichen Gebieten den „allerchristlichsten Staat Preußen“ möglicherweise dahin bringen, daß die Bischofsstellen bis zum Austrag der Kaybalgerei zwischen Staat und Kirche unbefestigt bleiben, welches „Interregnum“ im Jenseits sicherlich sehr ungnädig aufgenommen werden wird — dieser „Mollte“ wird heute daran erinnert, daß er sich seine Sporen als Staatsanwaltsgehülfe verdient hat und zwar 1849 in dem Hochverrathsprözeß gegen Heinrich Simon aus Breslau, Mitglied des Frankfurter Parlaments. Damals beantragte derselbe Falk gegen Simon die Zuchthausstrafe als „außerordentliche“ Strafe, obgleich das preussische Landrecht die Wahl zwischen Festungshaft, Gefängniß und Zuchthaus freistellte. Im Zuhörerraum erregte der Antrag des Staatsanwaltsgehülfsen Falk damals allgemeine Entrüstung sei.

Die ultramontane „Germania“, welche die Jugendgeschichte des Hrn. Falk aufreißt, bemerkt dazu, daß derselbe Staatsanwaltsgehülfe Falk jetzt preussischer Kultusminister und Vorkämpfer im „Culturkampf“.

Wir finden das begreiflich. Ist doch die Comodie des „Culturkampfes“ nichts Anderes als ein Hochverrathsprözeß gegen den gesunden Menschenverstand, in welchem Bismarck, Stieber und Falk als Staatsanwälte fungiren. Würde der Letztere dazu aufersehen worden sein, hätte er nicht seine Breslauer Sporen aufzuweisen gehabt?

Was ein Häßchen werden will, krümmt sich bei Zeiten!

— Anlässlich des Botums gegen die Zeitungs-Stempelsteuer bringt die Berliner „Volkzeitung“, die wieder einmal freisinnige Anwandlungen hat, die Frage aufs Tapet, ob der preussische Landtag in dem zu erwartenden Fall der Nichtbestätigung des Beschlusses durch das Ministerium, von seinem Recht Gebrauch machen und die Forterhebung der Stempelsteuer nicht bewilligen werde. Natürlich ist das nur eine „akademische“ Frage,*) denn die Berliner „Volkzeitung“ weiß so gut wie wir, daß die „ministerielle“ Majorität des Landtags dem Ministerium keine Ver-

legenheit bereiten wird, schon aus dem einfachen Grunde, um der reichsfeindlichen Welt nicht das Schauspiel zu gewähren, den kühnen Steuerverweigerungsbeschluss von „genialen“ Händen zerissen und dem Landtag vor die Füße geworfen zu sehen, ohne daß dieser sich auch nur mühen dürfte. Apropos, unter dem halben Duzend, das gegen den Antrag auf Abschaffung der Stempelsteuer stimmte, waren sämmtliche amwesende Minister, darunter der vergötterte Held des „Liberalismus“, Hr. Falk, der Mollte des Culturkampfes; für ihn, wie für seinen „liberalen“ Mitgänger heißt der „Culturkampf“: „Paragraph 20“.

— Muster-Parlamentarismus. Die liberalen Anträge und Reden der Ultramontanen haben selbstverständlich die Verehrer der Bismarck'schen Wirtschaft ganz aus dem Händchen gebracht. Man wird, außer im nationalliberalen deutschen Reich, überall so ziemlich darüber einig sein, daß eine Partei, welche gegen ihre eigenen Prinzipien, wenn man von solchen reden kann, aus „Opportunitätsrücksichten“ gestimmt hat, auf ewig entehrt und geschändet ist. Und das haben die Nationalliberalen und Fortschrittler im preussischen Landtag gethan, indem sie gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht stimmten, das sie seit Jahren in ihrem Programm — angeblich müssen wir jetzt sagen — verlangten. Der Generalstabstropfener des Fürsten Bismarck in der „Norddeutschen allgemeinen Zeitung“ beruhigt indes sein Preßkurto-Gewissen mit leichter Mühe in dieser Sache; er wagt es sogar, eine sittlich entrüstete Miene anzunehmen und wies sich lässlich in die Brust:

„Wir wünschen, daß die Vertretung des preussischen Volkes Mittel ausfindig mache, um für die Zukunft Anträge vorzubringen, die in ihrem Eynismus nur zu sehr geeignet sind, die Würde des Hauses und das Ansehen der Gesetzgebung in den Staub zu ziehen.“

Die „Wander“, welche Chassepot und Zündnadel verliert haben, sind wahrlich Kleinigkeiten gegen die „Wander“, welche der Republikfond wirkt. Der Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts ein „Eynismus“! Daß eine „Gesetzgebung“, wo solche Anträge „cynisch“ sind, noch „in den Staub gezo-gen“ werde, darum brauchst du nicht besorgt zu sein, liebe „Norddeutsche“. Das ist nicht mehr nöthig.

— Mit der Pfändung der Equipage des Erzbischofs Ledochowski sind die „Culturkämpfer“ in Berlin nicht zufrieden gewesen. Es wird weiter vorgegangen und der „Conflict“ spitzt sich drohend zu. Preussische Stieberblätter haben bereits die Proklamirung des Belagerungszustandes in der Provinz Posen verlangt.

Wie es kam, daß die Affaire mit Ledochowski ernstler wurde, als man vermuthete, legt die „Frankf. Zeitung“ sehr treffend in einem längeren Artikel auseinander. Die Ministerien Ranteuffel und Bismarck haben in der sogenannten Reactionszeit und später gewetteifert, den Pfaffen recht breite und feste Sitze in der Provinz Posen zu verschaffen, und wenn die Pfaffen jetzt dort wirklich fest sitzen, so haben sie es Ranteuffel und Bismarck zu verdanken. Das genannte Blatt erzählt, wie Ledochowski Erzbischof wurde:

„Kurz nach der Niederwerfung des polnischen Aufstandes kam der erzbischöfliche Stuhl von Posen und Gnesen zur Erledigung. Das Domkapitel würde unzweifelhaft, hätte man ihm die Wahl gelassen, nur Männer von erprobter nationaler Gesinnung auf die Liste gesetzt haben. Das durfte nicht sein; nach Bismarck's Idee sollte das Bischofspalais in Posen der Hebelpunkt werden, den Polonismus (das Polenthum) vollends aus den Angeln zu heben. Mit dem schlaun Bögling der Jesuiten, mit dem diplomatisch im Dienste Roms geschulten Nuntius in Brüssel, dem Grafen Ledochowski, kam der Pakt zu Stande. Sein Inhalt war — die Folge hat es gezeigt, aber es fehlt auch damals nicht an warnenden Stimmen — kurz und schlicht: Austreibung des Teufels durch Beelzebub, des Polonismus durch den Ultramontanismus. Graf Ledochowski wurde aller Einsprachen ungeachtet Erzbischof und — er hielt den Pakt so treu und ehrlich, daß der betrogen wurde, der am meisten von ihm zu profitieren dachte. Im Lessing'schen „Nathan“ findet sich dafür das richtige Wort.“

Wenn irgendwo bewiesen worden, daß der „Geniale“ mit der wirklichen staatsmännischen Genialität verdammt wenig zu thun hat, so ist es hier. Hat Bismarck den Venaparte überlistet, so ist sicherlich er von Ledochowski überlistet worden. Er hat dem schlaun Jesuiten die Festung gebaut, in welcher sich dieser jetzt so hartnäckig wehrt. Und während der katholische Fanatismus die Energie des Erzbischofs Ledochowski bewundert, liegt für den künftigen Geschichtschreiber des „Genialen“ die Notiz parat, daß im Winter 1873 der „Culturkampf“ schon bei den Droschkengäulen Ledochowski's angelangt war, daß das Evangelium des „Culturkampfes“ durch den Exekutor verkündet worden ist.

„Austreibung des Teufels durch Beelzebub“ — die „Frankf. Zeitung“ hat das richtige Wort für die Mittel gefunden, welche Bismarck anwandte, um die polnischen Provinzen „deutsch“ zu machen. Er verschmähete damals die Hand des Jesuiten Ledochowski nicht. Wenn er ihn heute bekämpft, um auf dem Oberwasser der „nationalen“ Bewegung schwimmen zu können, so geht uns das nichts an und wir verwahren uns von vornherein auf Entschiedenheit gegen eine etwaige Unterstellung, daß der „Geniale“ damit die „Moral“ des Jesuiten Gury: „Der Zweck heiligt die Mittel“ praktisch bethätigt haben sollte. Sollte Hr. von Bismarck indes so neugierig sein und erfahren wollen, mit welchem Namen seine Prälaten die „Moral“ des Jesuiten Gury belegt haben, so mag er nur bei dem frommen Hrn. Domkapitular Roufang in Mainz anfragen. Der sagt's ihm ganz genau und unverhohlen, denn nach der Ausführung heftiger Staatsanwälte enthält es ja seine Beleidigung. Wären wir in Mainz statt in Leipzig, so würden wir ihm es auch sagen! So aber muß er sich schon bemühen!

— Moderne Folter. In Greifswalde ist dieser Tage der Prozeß gegen den Mörder der Anna Böcker, jener vierjährigen Pächtertochter, die von Zigeunern geraubt sein sollte, verhandelt und der Mörder zu 15 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. Ueber die Anklageschrift schreibt ein Correspondent:

„Sie zählt dann die Verfolgungen der verschiedenen Zigeunerbanden auf, welche unter dem Verdachte, das kleine Mädchen geraubt zu haben, über ein halbes Jahr (!) in Untersuchungshaft gehalten und mit den drastischsten Mitteln zu Bekennnissen gezwungen wurden, welche sich hinterher als haltlose Phantasien herausstellten. Namentlich that sich in letzterer Beziehung der Major von Banzelow als Polizeiverwalter von Martin hervor, der die Zigeunerweiber mittelst Reitpeitschenhieben zum Geständniß brachte und sie hinterher, wenn ihre Angaben sich nicht bewahrheiteten, auf dieselbe Weise bestrafte. Der hiedere Polizeiverwalter kam dieserhalb sogar mit den Stettiner Schultheuten in Conflict. Am 2. Juni d. J., also 11 1/2 Monate nach dem Vorfalle, karte sich der Verbreich des Kindes auf: es wurde auf dem Gute selbst ver-graben.“

Eine infamere Parodie auf den Begriff vom „Rechtsstaat“ kann es unmöglich geben. Was will man aber auch von einer Polizeiverwaltung erwarten, die in die Hände von preussischen Junkern gelegt ist? Die angeborene Hinneigung dieser edlen Menschenrace zum Pferdehieb und ihr steter Umgang mit Pferden und Hunden macht es diesen Menschen zum Bedürfniß, die Reitpeitsche zu gebrauchen. Darum hat der Junker von Banzelow die Zigeunerinnen geprügelt, als sie nicht gestanden; dann zwang er sie zum „Geständniß“ durch Prügel und als sich dies „Geständniß“ als falsch, als erzwungen herausstellte, prügelte er die armen Weiber noch einmal. Solche Gefellen, die bei dem letzten Stallknecht und Tagelöhner noch lernen könnten, um auf gleiche Stufe mit ihm zu gelangen, haben in Preußen zu entscheiden, was „recht“ und was „unrecht“ ist, sind mit Ueberwachung der öffentlichen Sicherheit betraut. — Und nun fragen wir: Wer entschädigt die armen Zigeunerinnen für die barbarischen Qualen und Mißhandlungen, die sie unschuldigergewise ausgestanden, wenn es dafür noch eine Entschädigung geben kann? Und wer, fragen wir weiter, bestrafte den „Major“ (welcher Hohn!) von Banzelow für sein Verfahren, das eine Schmach für das neunzehnte Jahrhundert ist? „Niemand“, wird man uns sagen. Gut. Wenn sich aber nochmals Jemand untersteht, vom „preussischen Cultur- und Rechtsstaat“ zu reden, den werden wir fragen: „Kennen Sie Banzelow?“ — Mit Ehrenätern beladen, in Saus und Braus stolziren die großen Spitzbuben in diesem „Rechtsstaate“ unbehelligt umher; die unschuldigen Zigeuner, die weiter nichts verbrochen, als daß sie arm sind, werden wegen „Verdachts“ mit Peitschenhieben traktirt und halbe Jahre im Kerker zurückgehalten. Das nennt sich „Cultur“!

— Zur Erweiterung unserer Leser drucken wir nachstehendes Verschen ab, mit welchem der „Neue Sozialdemokrat“ (Nr. 142) seinen Achilleus*) Töcke feiert:

„Auch der Töcke hat gehalten
Treu die Fahnenmacht:
Wohl durchglühte ihn das Watten
Östlich-höherer Nacht.“

Von „Christus und Laffalle“ sind wir nun bereits beim „göttlichen Knüttel“ angelangt. Wann wird Hasencleer die Sterne vom Himmel herabholen und sie seinen Agitatoren als Bombons für die Reise in die Tasche stecken?

— Unser Münchener Parteiorgan, der „Zeitgeist“, hat in diesem Quartal tausend neue Abonnenten gewonnen. Es ist sehr erfreulich, daß die Opferwilligkeit der Münchener Parteigenossen, die wir in voriger Nummer anerkannten, auch ein lobnendes Resultat anzuweisen hat.

— Berichtigung. Wir haben in Nr. 121 Hrn. Edgar Bauer als Redacteur eines Wackerblattes aufgeführt. Dieser Druckfehler ist dahin zu berichtigen, daß der Genannte ein Welfenblatt redigirt.

*) Ein griechischer Held vor Troja, der seinen klassischen Knüttel, Wackspieß genannt, am besten zu führen wußte.

Herr Wagener von Dummerwig.

Wenn man sich an das tugendhafte Geschrei erinnert, das die „gesinnungstüchtige“ Presse bei den bekannten Laster'schen Reden erhob, des Tugendfanatismus, der mit einem Male die gesammte Feder-Prostitution ergriff, wenn man sich vergegenwärtigt, wie sie sich an die Brust schlugen und riefen: „Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin wie Wagener,“ und wie es darin die eigentlichen Organe der Grundredner und des Diebstahls Allen zuvorthaten; wenn man an die hochtrabenden Phrasen denkt, mit welchen sie die Einsetzung einer „königlichen Untersuchungscommission“ begehrten, so wäre man berechtigt, sich darüber zu wundern, warum jetzt, wo die Resultate dieser Untersuchungscommission in die Öffentlichkeit gekommen sind, ein allgemeines Stillschweigen herrscht. Niemand unter den Pharisäern scheint sich dafür zu interessieren, was die königliche Untersuchungscommission bezüglich des Herrn Wagener meint. Wir wundern uns freilich nicht. Hat doch dieselbe Presse auch zu den Enthüllungen über Miquel geschwiegen! Währenddem laßt sich Wagener ins Fränkische; er befindet sich in seinem Amt und führt sich zur Zeit einen Urlaub zu Gemüth; ein Untersuchungsverfahren gegen ihn ist nicht Acthaft.

In dem conservativen, zu Nürnberg erscheinenden „Correspondent von und für Deutschland“, einem Blatte, das sich schon oft durch ein unparteiisches und gerechtes Urtheil hervorgethan, lesen wir: „Wie es scheint, soll er mit Pension und Titel entlassen werden. Angesichts der Untersuchungsacten würde dadurch das Sprichwort von der ungleichen Behandlung großer und kleiner Sünder nicht nur eine Bestätigung, sondern noch eine pikante Amendment erfahren. Wer erinnert sich nicht der großen Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 7. Febr. d. J., in welcher das gesammte Staatsministerium, den Generalfeldmarschall von Moos an der Spitze, erschien und vom Schriftführer vor Beginn der Sitzung jenes Schreiben Moos's verlesen wurde, worin „es die königliche Staatsregierung für ihre Pflicht erklärt, die Beamten namentlich dann öffentlich in Scham zu nehmen, wenn sie, wie im vorliegenden Falle, in ihrer Integrität unter Umständen angegriffen werden, welche den Schuz durch den Strafrichter ausschließen.“ Die Untersuchungsacten ergeben nun, daß dieses feierliche Schreiben von Anfang bis zu Ende falsche Thatfachen anführt, Laster, dieser Verlesung folgende Rede dagegen ist nicht nur in allen wesentlichen Dingen durch die Untersuchung thatächlich bekämpft worden, sondern seine Schilderung bleibt noch erheblich hinter dem Bilde von Lug, Betrug und gemeiner Geldgier zurück, welches die Untersuchungscommission unter der Ueberschrift „Bommersche Centralbahn“ durch nüchterne Aufzählung des Inhalts der ihr vorgelegten Beträge und stattgehabten Zeugenvernehmungen entrollt. Es ist unwafr, daß Wagener sich erst um die Concession beworben, nachdem die Stettiner Bahn ihre Bewerbungen zurückgezogen hatte; er lag vielmehr schon seit 1865 dem Ministerium mit seinen Bewerbungen in den Ohren. Es ist unwafr, daß die Bahn von der Gesellschaft in Regie gebaut wird; es ist entgegen den Vorschriften der Concession nur im Wege der General-entreprise gebaut worden. Es ist unwafr, wie damals das Moos'sche Schreiben behauptete, daß die Gründungskosten auf Grund der vorgelegten Bücher und Rechnungen auf 40,000 Thlr. festgestellt worden; Hr. Wagener hat von den drei Gründern, Wagener, Oer, Schuster, bewilligten 44,000 Thaler Gründungsprämie ohne jegliche Belastung mit Gründungskosten den Betrag von 22,000 Thaler ausgezahlt erhalten. Es ist unwafr, daß eine Auseinandersetzung über die gestellte Caution nur unter den

*) Eine Frage, wie sie in Akademien der Wissenschaft behandelt wird, aus rein theoretischem Interesse, ohne unmittelbare praktische Absicht und Bedeutung.

drei Gründern stattgefunden hat; es lag der Commission ein Vertrag vor, wonach der Bauunternehmer Scharpe den drei Gründern unter Ablösung ihrer Caution 107,608 Thaler zu zahlen sich verpflichtete, welche Summe nicht bloß für gestiegene Course der Cautionsscheine, sondern auch für die „vom Comité bis dahin gehaltenen anschlagsmäßigen Auslagen“ eine Entschädigung bieten sollte. Bezeichnend für den sonst als sehr fromm gepriesenen Ober ist, daß er der Untersuchungscommission über den Inhalt dieses Vertrages Mittheilungen machte, welche sich später nach Vorlegung des Originals als durchaus falsch erwiesen. Als später das Verhältnis der Gesellschaft zu Scharpe aufgelöst und für 2 1/2 Mill. Thaler Bauarbeiten an Pütscher und Klimig übertragen wurden, verpflichteten auch diese sich durch Nebenvertrag an die drei Gründer 300,000 Thaler zu zahlen. Dafür wurde ihnen dann zum Dank unter allerlei Vorwänden ein entsprechender Zuschlag gegen den Kostenanschlag bewilligt. Endlich sind fast alle dem Minister und dem Handelsrichter präferirte Zeichnungen Scheinzeichnungen gewesen.

Durch ähnliche Manöver haben außer den Hauptangeklagten Wagener, Prinz Biron und Fürst Putbus die beiden Landtagsabgeordneten v. Kardorff und Prinz Handjery bei der Concessionirung und dem Bau der Bahnlücken Posen-Kreuzburg und Berlin-Dresden bedeutende Summen „verdient“. Der Bericht constatirt die schamlosen Manöver, die zu diesem Zwecke angewendet wurden.

Warten wir einmal ab, ob die Herren Nationalliberalen den Muth haben und die Forderung stellen, daß die entlarvten Gründer und Diebe bestraft werden, oder ob sie es — natürlich aus Feigheit — bei den Reden des tugendhaften Laßler bewenden lassen wollen. Wir sind begierig, ob der Satz, daß man die kleinen Diebe hängt und die großen laufen läßt, eine parlamentarische Sanction erhalten wird. Dann wollen wir uns weiter mit dieser Sache beschäftigen.

Correspondenzen.

Leipzig, 9. Dezember. Laut stadträthlicher Bekanntmachung soll die für die hiesige Stadt aufgestellte Wählerliste während der Zeit vom 8. bis zum 16. laufenden Monats täglich von Vormittags 8—1 Uhr und Nachmittags von 3—6 Uhr zu Jedermanns Einsicht ausgelegt werden. Versuchen mit einem 13 Namen enthaltenden Zettel begaben wir uns unter heutigem Datum in das Quartieramt, um zu sehen, ob die Wählerliste auch wirklich ausgelegt ist und ob die 13 Wähler in derselben eingetragen waren. Eine Wählerliste, die am Wahltag den Wahlcommissarien zur Controle dient, fanden wir nicht vor, wohl aber sahen wir drei bis vier Schreiber beschäftigt, aus den Hausnummernlisten diese Wählerliste zusammenzustellen. Wir sahen ferner, wie einem Arbeiter der richtige Eintrag von drei Namen aus der Hausnummernliste befristet wurde. Es leuchtet ein, daß unter solchen Umständen kein Wahlberechtigter sicher ist, am Wahltag wählen zu dürfen, denn in letzter Linie handelt es sich noch um die Versehen, die beim Uebertrag aus der Hausnummer- in die Wählerliste gemacht werden können. Wir wissen jetzt: warum die Wählerliste ausgelegt werden soll und nicht ausgelegt ist; sie war am 9. Dezember einfach noch nicht fertig. Das ist eine Nachlässigkeit, die allen auf unsrer Seite stehenden Wählern die doppelte Pflicht auferlegt, sich durch Einsichtnahme in die Wählerliste von dem richtigen Eintrag ihrer Namen zu überzeugen. Wir wollen und können am Wahltag keine Stimme missen. Wir wollen siegen; wir wollen unsern Kandidaten Bebel durchbringen. Jede Stimme, die durch Einsichtnahme in die Wählerlisten gewonnen wird, trägt zum Siege bei. Thue daher ein Jeder seine Schuldigkeit.

Dresden, 5. Dezember. Der „Neue Sozialdemokrat“ jammert und schimpft in den letzten Nummern unaufhörlich darüber, daß die „Eisenacher Ehrlichen“ so entschieden an ihrem Congressbeschlusse betr. des Verhaltens bei den Wahlen festhalten. Das hatten sich die Herren aus der Dresdener Straße doch nicht gedacht, daß von unserer Seite so bitterer Ernst gemacht wird, ist es doch den Führern des Allg. D. A. B. schon so oft gelungen, uns zu täuschen, und auszunutzen; wer erinnerte sich nicht an die Vorgänge bei den letzten Wahlen im Jahre 71? Da wurde es doch unterseits so vielfach versucht, Friede mit den Herren vom „Neuen“ zu halten, und wie wurde das gelohnt? Ueberall, wo man es halbwegs vermochte, wurden unseren Candidaten Gegner entgegengestellt und wo das nicht der Fall war, da schimpfte man doch wenigstens weidlich auf uns und besudelte unsere Parteigenossen in der gemeinsten Weise. Recht interessant ist es nun, zu beobachten, wie der „Neue“ wieder Fühlung sucht. In Nr. 133 vom 14. November bringt er eine Erklärung, worin er unsern Parteigenossen Brade in recht höhnischer Weise bedauert, daß er von einer Horde aufgehetzter Bauern bei Gelegenheit einer Volksversammlung in Meerdorf angegriffen und in miserabelster Weise mißhandelt wurde, und knüpft dann daran die Weisung an seinen Anhang, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen dort, wo es zur Stichwahl kommt und unser Candidat in Frage steht, für denselben zu stimmen; zugleich erklären die Herren Hasselmann und Strohmann Hasenclever, jede Polonik gegen die „Ehrlichen“ einzustellen. Das war der Anfang; darauf, dachte der „Neue“, sollen wir wieder reinfallen, doch diesmal haben sich die Herren verrecknet, und das ist gut. Allerorts haben unsere Parteigenossen eigene Candidaten aufgestellt und das ohne Rücksicht darauf, ob dadurch der Candidat des „Neuen“ in seinen Wahlkreisen geschädigt wird oder nicht. Jetzt soll es sich einmal zeigen, was der „Neue“ vermag, wenn ihm die „Mühlendammer“ den Daumen aufs Auge drückt. Ja, Herr Hasenclever, die 5 oder 600 Stimmen, die unser Parteigenosse Bebel Ihnen in Altona wegschnappen wird, die werden ganz versucht ins Gewicht fallen, glauben Sie nicht auch? Nun, trösten Sie sich, wenn auch ein Fortschrittler gewählt wird, soviel wie Sie ist er auf jeden Fall werth, und wenn Sie nicht gewählt werden, brauchen Sie sich nicht wieder zu klammern, indem sie dann vielleicht wieder in die Lage kämen, für den Krieg, resp. für das Geld zum Kriege stimmen zu müssen. Und erst Herr Hasselmann, der ist und gewiß sehr dankbar, daß wir durch die Aufstellung von Jacoby im Wahlbezirk Barmen-Eberfeld ihn vor der Gefahr des Gewählwerdens gesichert haben, haben wir ihn doch dadurch der Mühe überhoben, als Reichsbote von seinen alten Gewohnheiten abzusehen, als da sind verschmierter Rod und dito Hemd, abgetretene Stiefel, zu kurze Hosen, ungekammtes Haar und Bart n. s. w. n. s. w. Sie brauchen weder Friseur noch Schneider in Alarm zu setzen, Lobseind aller Keinlichkeit; wir haben dafür gesorgt, daß Sie durchfallen werden. Wie er jetzt kleinlaut wird, der „Neue“, wie er in Nr. 133 winselt darüber, daß unser Bebel in Altona candidirt. Du großmächtiger „Neuer“, mit deinem Diefenmaul, verluhe es doch auch

mit deinem „Herrn Vereinspräsidenten“ in einem unserer Wahlbezirke, es ist dir erlaubt, du sollst uns deswegen durchaus nicht jammern hören. Aber gelt, „Neuer“, die Trauben sind sauer, du möchtest wohl, wenn du nur könntest; ja, ja, wir glauben es dir, daß du in den sächsischen Wahlkreisen uns freies Feld läßt, du weißt wohl, warum; du friedliebender Nachbar, du. Interessant ist indeß, wenn man betrachtet, wie der „Neue“ früher bramabastirte und uns jedes Gewicht abgesprungen hat, und wie er jetzt zu Kreuze kriecht. In Nr. 22 d. J. schrieb der „Neue“ am Schlusse eines Berammlungsberichts des Demokratischen Vereins zu Berlin wie folgt: „Und ein solches Vereinen, dessen Sitzungen „mit Gästen“ aus höchstens 50 Mann zu bestehen pflegen, bunt aus Bourgeois-Demokraten und Eisenacher „Ehrlichen“ (Mühlendammern) zusammengesetzt, magt dann noch darüber zu lamentiren, daß der große Allg. deutsche A. B. mit solchen Handwurzeln keine Compromisse abschließen, sich ihnen nicht unterordnen will.“ So war die Sprache des „Neuen“ am 21. Februar 1873, und jetzt schimpft er, der nämliche „Neue“, auf das Vorgehen unserer Berliner Parteigenossen, indem dieselben Jacoby, den „Halbsozialisten“, wie ihn der „Neue“ zu nennen beliebt, als ihren Candidaten aufstellen. Erst stolzes Abweisen jeden Compromisses und dann Heulen und Jähnelappen, wenn die Gegner Ernst machen. O, „Neuer“, was bist du für ein altes Weib. In Nr. 31 vom 14. März d. J. beliebt der „Neue“, uns, die „Ehrlichen“, ein Gefindel zu nennen, mit dem er sich wider Willen heranzuzulagen genöthigt sieht, und jetzt, wie gut könnte man dieses Gefindel als Stimmwech gebrauchen. Nicht wahr, Strohpuppe, wenn Sie nur das Gefindel wählen würde, aber so —

Hr. Bebel wird in dem Wahlkreise Glauchau-Meerane sicher gewählt, jammert der „Neue“, und doch candidirt er auch in Altona. Ja, es ist ganz richtig, die Wähler des 17. sächsischen Wahlkreises sind organisiert und sind gute Sozialdemokraten, lieber „Neuer“, und keine „konservativ-sächsisch-particularistischen Kleinbürger“, wie du sie zu nennen beliebt. Hasselmann aus der Dresdener Straße! Sie werden Bebel wählen, weil derselbe sich als Mann von Charakter und nicht als Wajschweib à la Hasenclever im Reichstage bewährt hat. Aber, ihr Herren vom „Neuen“, in Nr. 32 vom 16. März d. J. schreibt ihr doch, daß die Volksstaat-Partei ohnmächtig und unfähig zu jeder öffentlichen Handlung sei. Wie kommt es nun, jetzt gebt ihr kleinlaut zu, daß wir unbefürmert um euch unsere Candidaten durchsetzen, also nicht ohnmächtig sind, ihr aber jammert und heult, daß wir euch nicht helfen, eure Strohpuppe zu wählen. Hast du damals wider besseres Wissen gelogen, lieber „Neuer“, oder schreibst du überhaupt bloß, um des Blatts zu füllen, unbefürmert, was darü steht? — Ich schließe, indem ich den Herren Hasselmann und Strohpuppe Hasenclever das Sprüchlein zu bedenken gebe:

Vorgehen und nachbedacht
Hat Rancken in groß Leid gebracht.

Leisnig, 8. Dezember. Aufruf! Männer der Arbeit vom 10. Wahlbezirk! Bekanntlich findet nach kaiserlicher Verordnung am 10. Januar 1874 die Reichstagswahl statt. Es ist dies ein ernster, ein wichtiger Moment, zeigen wir durch eine unermüdete Thätigkeit, daß wir die Wichtigkeit dieses Alles vollkommen begriffen haben; der 10. Wahlbezirk, wo man keine Mittel unversucht ließ, die Arbeiterorganisation im Keime zu ersticken, muß zeigen, daß seine Feinde, daß alle Maßregeln seinen Muth zu brechen machtlos waren. Die Brüder allerorts rüsten sich zum Wahlkampf, durch alle deutsche Gauen braust und wogt es, nur ein Gefühl, ein Gedanke hat die großen Arbeitermassen erfasst, der Gedanke, entscheidend zu siegen. Auf denn! mag auch der 10. Wahlbezirk seine Fahne entfalten, hoch halten, nicht sinken lassen, rufen wir unseren jähnelirrenden Feinden freudigen Muthes zu: „Und sie bewegt doch.“

Zum Zweck, die Wahlagitatio erfolgreich zu beginnen, fand am 7. d. M. eine Besprechung im Gasthof zu Gerzdorf statt, mehrere Städte waren durch Delegirte gut vertreten, es wurde der Beschluß gefaßt, nochmals eine derartige Besprechung zu veranstalten. Dieselbe findet statt und zwar wenn's möglich unter Vorsein des Parteigenossen Herrn J. Demmler, Postamtenier in Geier, im Gasthof zu Ritzschhain, Sonntag den 14. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr. Partei- und Gesinnungsgenossen in Waldheim, unterlaßt es nicht, die ausgelegten Wahllisten genau zu untersuchen, im Interesse unserer Sache ist dieses bringen geboten, nur die Augen offen halten, sich nicht überumpeln lassen.

Die Broschüre: „Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstags und die Sozialdemokratie“, ist den Parteigenossen auf's Wärmste zu empfehlen; zu bedauern ist es nur, daß sie nicht schon ein Jahr früher erschien. F. W.

Stenn bei Zwickau. Nachdem die Wahl-Campagne eröffnet worden ist, hat das Agitations Comité der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Zwickau eine öffentliche Volksversammlung am Sonntag, d. 30. November, hier veranstaltet. Trotz eines zur selben Zeit stattfindenden Bergfestes, und trotzdem alle Plakate waren abgerissen worden (?), war die Versammlung doch sehr gut besucht. Als Referent war erschienen der von der sozialdemokratischen Partei aufgestellte Reichstags-Candidat Herr Wotteler aus Grimnitzschau. Derselbe sprach zunächst über die Bestrebungen der Sozialdemokratie im Allgemeinen, worauf er das Wort Sozialdemokratie ganz besonders erläuterte. Alsdann wies er nach, wie nothwendig es für den Handwerker, Kleinbürger- und Bauernstand sei, mit der Sozialdemokratie Hand in Hand zu gehen. Sodann theilte er mit, aus welchen Personen der jetzige Reichstag bestehe, was derselbe für das Volk bis jetzt gethan habe, wie er nur die Interessen der herrschenden Klassen verrete und wie nothwendig es deshalb für das deutsche Volk sei, sich aufzuraffen und Männer in den Reichstag zu wählen, die nicht für die Interessen einzelner Klassen eintreten, sondern die gleiche Rechte und gleiche Pflichten für jeden Staatsbürger verlangen. Zum Schluß erläuterte der Referent noch das Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei unter allgemeinem Beifallrufen der Versammlung. Hierauf wurde ein Wahlcomité gebildet und es fanden noch Einzeichnungen zur sozialdemokratischen Partei statt, so daß sofort eine Mitgliedschaft gegründet werden konnte. Der Geist der Versammlung war überhaupt ein für uns sehr günstiger.

(Er. B. u. Bfd.)
Freiberg, 8. Dezember. Die Wahlagitatio in hiesigen Wahlkreise (dem neunten sächsischen) hat heute vor acht Tagen einen Erfolg versprechenden Anfang genommen, indem in Folge unserer Einladung der Candidat für unsern Kreis, Herr Ober aus Hamburg, erschienen war, um in einer Anzahl von Volksversammlungen vor die Wähler zu treten. Schon vor Geib hatten die Parteigenossen Edstein und Auer unsern Kreis besucht und sowohl hier als in Brand über die Stellung unserer Partei zur Reichstagswahl mit vielem Beifall gesprochen. Auch hatte das Chemnitzer Wahlcomité im Einverständnis mit dem Parteianhange bewirkt, daß die Parteigenossen Uhle und Sonntag in unserm Kreise behufs

Einberufung von Versammlungen und Gewinnung von guten Adressen thätig waren. Andererseits kam aus Dresden unser eifriges Mitglied Wahl hierher, um ebenfalls in gleichem Sinne wie Sonntag zu wirken. So konnte nun der Wahlkampf beginnen und er wurde auf das lebhafteste eröffnet, trotzdem unsere Gegner bis zur Stunde noch keinen Kandidaten gefunden haben, zumal Herr Stadtrath Sachse wegen der mangelnden Diäten es zu verschmähen scheint, seinerseits den Staat retten zu helfen. Geib traf am 1. Dezember in Hainichen, unserer festesten Burg im Kreise, auf. Die Versammlung, worin er sprach, war von nahezu tausend Personen besucht. Dieselbe verfolgte mit großer Aufmerksamkeit die Ausführungen, mit welchen unser Candidat die heutigen krankhaften Gesellschaftszustände bloßlegte und die Thätigkeit des Reichstags, vor allem aber die für den kommenden Reichstag in ihren Grundzügen angekündigten Gesetzentwürfe geißelte. Die würdige Haltung der Versammlung war ein gutes Vorzeichen für Geib's weitere agitatorische Thätigkeit. Am Dienstag traf Geib hier ein, wo er mit Freund Uhle, welcher unsern Kreis aus früherer Zeit her kennt, sich bezüglich der weiteren Wahlagitatio verständigte. Am Mittwoch ging es zu Fuß nach Frauenstein, einem Städtchen von 1600 Einwohnern, die zahlreich in der des Abends stattgehabten Versammlung erschienen. Auch Landleute aus der Umgegend hatten sich eingefunden und lauschten gleich den Frauensteinern mit Eifer den Reden von Geib und Uhle. Ein Arzt Dr. Reber, nationalliberal vom Kopf bis zur Zehe, bekämpfte Geib, weil derselbe ein Sozialdemokrat wäre. Würde Geib ein Nationalliberaler sein, äußerte Dr. Reber sehr naiv, so wählte er ihn sofort. Diese ärztliche Opposition hat uns sehr gut gethan und es steht fest, daß Frauenstein nebst Umgegend sich sympathisch zu unserer Candidatur verhält. Am Donnerstag fand in Pichtenberg, einem Dorfe von 1800 Einwohnern, Versammlung statt. In diesem Dorfe kündigte man uns Keckel an und der Wirth verlangte fünfzig Thaler Caution, da er schon im Voraus Tisch und Bänke zer schlagen sah. Es kam aber anders, die zahlreich besuchte Versammlung verlief ausgezeichnet und damit war das Vorurtheil gegen uns gebrochen, ein Vorurtheil, welches durch den Hinweis auf die früheren Versammlungen, veranstaltet von Försterling und Mendel und gesprengt durch die reichen Grundbesitzer, genährt wurde. Am Freitag Abend hatten wir in Freiberg eine Volksversammlung; auch in dieser Versammlung fand unser Candidat Beifall, so daß nach einer Rede von Uhle die Versammlung Geib's Candidatur einstimmig acceptirte. In Dederan wurde am Sonnabend der Versammlungsdirektor von Geib unter lebhafter Zustimmung fortgesetzt, während Uhle in Konradsdorf mit vielem Erfolg referirte, so daß ein Lehrer und ein Gutbesitzer seine Rede mit Freuden begrüßten. In Dederan haben unsere Gesinnungsgenossen mit dem Widerstand der Wirthschaft zu kämpfen, sind von großen Sälen ausgeschlossen und müssen daher mehr in der Agitation von Haus zu Haus Erfolg für die ihnen angethane Unbill suchen. Der Geist unserer Parteigenossen ist dort, gleichwie hier und in Hainichen, vorzüglich, so daß er zu den besten Hoffnungen berechtigt. Gestern Nachmittag lenkten wir unsere Schritte nach der Bergarbeiterstadt Brand, dessen Einwohnerzahl 2250 beträgt. Die Bergleute sind unsere Parteifreunde, doch noch etwas schlichte und es gilt daher, sie noch lebhafter für unsere Parteigrundsätze zu interessieren. In der Versammlung zu Brand sprach Geib, Gelegenheit nehmend, die soziale Frage eingehend zu erörtern. Ein Gegner schloß auch hier nicht, doch er geberdete sich so unparlamentarisch, daß die Versammlung selbst ihn seiner Wege gehen ließ. Nach Schluß der Versammlung zu Brand wanderten wir nach Bertelsdorf, wo die Tagesordnung dieselbe war wie in Brand. Uhle führte in der Versammlung den Vorsitz, indessen Geib referirte. Die Lage der kleinen Bauern, welche die Hypothekenslast und die Militärlasten so schwer drücken, unterzog unser Candidat einer anregenden Prüfung, so daß wir sicher sind, auch in diesem Dorfe eine erhebliche Stimmenzahl am Tage der Wahl zu erhalten. Heute nun ist Geib wieder abgereist, ohne daß dies jedoch die Agitation stört, denn von jetzt an werden Tag für Tag Versammlungen in unserm Kreise stattfinden, um keinen Theil des für unsere Sache so sehr günstigen Bodens brach liegen lassen zu müssen. Parteigenossen allerorts, wir versichern Euch, daß wir unsere Pflicht zur Wahl voll und ganz erfüllen werden!

Scharnebeck, 2. Dezember. Am vergangenen Sonntag referirte hier der für den 18. hannoverschen Wahlkreis aufgestellte Reichstagscandidat Th. Jörd aus Hamburg. Den Vorsitz führte Cigarrenarbeiter Schweide. Jörd's Rede, die in der Anrede der Ziele der sozialdemokratischen Arbeiterpartei gipfelte, wurde von der Versammlung sehr beifällig aufgenommen. Bürgermeister Ringas verstieg sich als Gegenredner zu der absurden Behauptung, der Arbeiter sei in der heutigen Gesellschaft ganz gut gestellt, er könne sich daher mit der Arbeiterpartei nicht einverstanden erklären. Nachdem Jörd noch den „weisen“ Bürgermeister dem Gelächter der Versammlung preisgegeben, wurde die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die sozialdemokratische Arbeiterpartei und deren Candidaten geschlossen.

Fr. Albrink, Schriftführer.

Hannover, 5. Dezember. Abrechnung über die für den hiesigen Striße der Tischler eingegangenen Gelder.
Einnahme von auswärt's durch: de Baque (Kölnischer Fachverein) 10 Thlr., Lehmann (Berliner Holzarbeitergewerkschaft) 10 Thlr., Scheele (Magdeburg) Thlr. 1 5 6, Rinke (Altonaer Holzarb.-Gew.) 6 Thlr., Steen (Döbnadrück) 15 Thlr., Große (Cigarrenarb. Altona) Thlr. 1 20, Janusch (Hamburg) Thlr. 11 20, Bieweg (Holzarbeitergew. Wolfenbüttel) Thlr. 6 26 6, Beder (Braunschweig) 42 Thlr., von der Altonaer Tischlerberge 3 Thlr., durch Ripper (Kölnischer Holzarbeitergew.) Thlr. 10 11, Freitag (Breslau) Thlr. 2 10, Wille (Deggendorf) Thlr. 3 20 6, von Wühlhausen in Thüringen Thlr. 1 25, durch Peters (Dresden) 25 Thlr., Bengardt (Solthauer Holzarbeitergew.) 4 Thlr., Borsfeld (Braunschweiger Holzarbeitergew.) Thlr. 18 13 3, Rudolph (Erfurter Holzarbeitergew.) Thlr. 12 2 6, Richter (Pirna) Thlr. 1 10, Gehrbard (Leipziger Tischler) Thlr. 3 15, Gehrbard (Leipziger Holzarbeitergew.) Thlr. 5, Gehrmann (Mainzer Schreiner-Union) 10 Thlr., Matthes (Zwickau in Sachs.) 1 Thlr., Holz (Eisenacher Holzarbeitergew.) 5 Thlr., Hefersch (Hamburger Holzarbeitergew.) 3 Thlr., Schramm (Berliner Mannsatturarbeiter) 5 Thlr., deutsche Arbeiter in Reihnsfelden Thlr. 2 14 3, Seewing (Hauptkasse der Holzarbeitergew.) 20 Thlr. Summa Thlr. 241 16 6.
Einnahme von hiesigen Corporationen durch: Herren Weber u. Freese (Buchdrucker), 50 Thlr., Kunz (Schneider) Thlr. 14 7 6, Rudolph Thlr. 5 2 6, Eberhardt u. Bespermann (soz.-dem. Arbeiterpartei) Thlr. 5 1, Faetsch (Schuhmacher) Thlr. 3 23 6, v. d. Metallarbeitern Lindens Thlr. 2 9, durch Weinand (Holzarbeitergew.) Thlr. 3 20, Weinand (ungenannte Mitglieder derselben) 2 Thlr., Reiber (Maurer und Zimmerer) Thlr. 1 20 9, Weinand (Weißopf, Metallarbeiter) 1 Thlr., von Herbold (Cigarrenarbeiter) gr. 22 6, Bogleer gr. 27 6, Stapel 5 gr., Säger 5 gr., Frau Weißopf 21 gr. Summa Thlr. 41 15 3.
Einnahme von hiesigen Tischlerwerkstätten: Zimmermeister

Weber thlr. 12 7 6, Hannover. Vangefellschaft thlr. 70 7 6, Piano-
fortefabrik Voltermann thlr. 3 12 6, Wiegens thlr. 14 15, Re-
hod thlr. 5 12 6, Architekt Heinge thlr. 3 15, Fietze jun. thlr.
31 18, Zimmermeister Gutzeit thlr. 2 10, Röttlinghausen thlr. 11 13,
Böttcher u. Koch thlr. 4 22 6, Fietze senior 3 thlr., Bergmann
thlr. 39 25, Heine thlr. 3 20 6, Sehle thlr. 18 22 6, Ude thlr.
5 20, Beder thlr. 9 10, Klages thlr. 5 17 6, Hesse thlr. 1 27 6,
Giesede thlr. 2 22 6, Koll 3 thlr., Cours thlr. 1 15, Architekt
Wegener thlr. 4 5, Helmholz' Pianofortefabrik thlr. 2 15, Genossen-
schaft thlr. 1 15, von einzelnen Gefellen thlr. 116 21 6. Summa
thlr. 374 10 6.

Einnahme insgesammt: Vorjahr. Cassenbestand thlr. 28 1 6,
von auswärtig eingegangen thlr. 241 16 6, von hiesigen Corpora-
tionen thlr. 41 15 3, von hies. Tischlerwerkstätten thlr. 374 10 6,
für Tarife thlr. 12 12, Sonst. Einnahmen thlr. 14 7 6. Summa
thlr. 767 3 3.

U Ausgaben: Unterstützung an 251 Mann zu 1041 Tag be-
rechnet thlr. 612 20 6, Reiseunterstützung an 37 Mann thlr. 11 18,
für Plätze und Drucksachen thlr. 84 22, Saalmiethe thlr. 33 10,
Briefporto und Bestellgeld thlr. 7 16 2, Annoncen thlr. 8 6,
Schreibmaterial und Papier thlr. 3 24 7, sonstige Ausgaben thlr.
8 4 5. Summa (excl. der Ausgabe des hiesigen Fachvereins von
thlr. 152 25) thlr. 771 29 8.

Bilanz. Einnahme thlr. 867 3 3, Ausgabe thlr. 771 29 8,
bleibt Defizit thlr. 4 26 5. Die Revisoren:

Ziesenis. Koch. Wehrmann.

Spandau, 3. Dezember. Am 27. November hatte die hiesige
Mitgliedschaft im Verein mit der internationalen Metallarbeiter-
Gewerkschaft eine Volksversammlung im rothen Adler einberufen,
in welcher zuerst Wiemer aus Hannover über den Zweck und
Nutzen der Gewerkschaften und darauf Wegner aus Berlin über
die Reichstagswahlen referirte. Das Bureau kam in unsere Hände,
und wurde Parteigenosse Kamin zum ersten, Zeig zum zweiten
Vorsitzenden und Unterzeichner zum Schriftführer gewählt. Wiemer
wies nun in einem einstündigen Referate zuerst nach, wie sich heute
der Abstand zwischen Kapital und Arbeit mehr und mehr ver-
größere, und der Reichtum sich immer mehr und mehr in den
Händen Einzelner concentriert. Redner schildert dann die schlechte
Lage der arbeitenden Klassen und kommt zu dem Schluss, daß die
Arbeiter vor allen Dingen auf Verkürzung der Arbeitszeit dringen
müssen. Da dies jedoch nur zu erreichen ist, wenn die Arbeiter
organisiert sind, fordert er die anwesenden Metallarbeiter auf, sich
der hier bestehenden Gewerkschaft anzuschließen. An der darauf
sich entspannenden Debatte beteiligten sich auch einige Ordover-
einer, welche aber, von Wiemer, Wegner, Heinsch und Anderen
heimgeleitet, mit ihrer schön ausgemalten Theorie von der noch
schöneren Harmonie bald wieder einpadden mußten. Hierauf referirte
Wegner über den zweiten Punkt der Tagesordnung: Die Reichs-
tagswahlen. Redner kritisirte zuerst das allgemeine, gleiche und
direkte Wahlrecht, wies nach, daß es kein demokratisches sei, weil
man den mit diesem Wahlrecht gewählten Vertretern keine Diäten
gewähre, während dies bei den Landtagsabgeordneten, welche aus
dem amofenen Dreiklassen-Wahlssystem hervorgingen, geschehe, dort
käme ja so leicht kein Arbeiter hinein. Redner gab dann einen
Ueberblick über die bisherige Thätigkeit des Reichstages und unter-
warf verschiedene, während der letzten Legislatur-Periode einge-
brachte Gesetze, als das Haftpflichtgesetz, das von der Fortschritt-
partei eingebrachte Vereinsgesetz und das Wahlgesetz einer strengen
Kritik, und citirte namentlich bei dem letzteren einige Stellen aus
der Paster'schen Rede über das Wahlgesetz. Dann ging Redner
auf eine von einem früheren Vorsitzenden des Ordvereins (ein
Mensch, Namens Neumann, dessen Lunge mindestens 3 von der
Kleinhardt'schen Sorte aufwiegt) gebrauchte Aeußerung über, nicht
wir, sondern unsere Gesetzgeber haben Schuld an unserm Elende.
Wegner stützte ihn dahin zurecht, daß wir ja diese Leute wählen.
Jetzt wäre es Zeit, uns aus diesem Vertrauensbuzel herauszureißen,
in welchem wir bis jetzt gelebt haben und Männer zu wählen,
die mit ganzer Seele für die Arbeiter-Interessen eintreten, mit
einem Worte: einem Arbeiter und nicht einem Bourgeois, d. r.
alles verspricht und nichts hält, seine Stimme zu geben. An der
darauf folgenden Debatte beteiligten sich unter Andern noch
Wiemer und Heinsch. Ersterer erläuterte noch kurz unser Partei-
programm, während Letzterer noch einige Freisthibereien aufdeckte.
Nach einer von einem Parteigenossen eingebrachten und einstimmig
angenommenen Resolution: „Die heutige Versammlung beschließt,
den Schuhmachermeister Wegner aus Berlin als Candidaten für
den Reichstag aufzustellen und verpflichtet sich mit voller Kraft für
den Vertreter der Armen einzutreten. Sie beauftragt die Mit-
glieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei für Bildung eines
Wahlcomités Sorge zu tragen“, wurde beschlossen, für die nächste
Reichstagswahl Wegner als Candidat für den ost-havelländischen
Kreis aufzustellen. Wir beabsichtigen, in nächster Zeit, sobald es
die schwierigen Local-Verhältnisse gestatten (den verdammten Sozial-
demokraten giebt man hier auch nicht gern ein Local), wieder eine
Volksversammlung abzuhalten, in welcher dann Wegner seine
Candidaten-Rede halten soll, indem er unser Parteiprogramm voll-
ständig und klar auseinander legt. Mit sozialdemokratischem Gruß
Arthur Staud, Schriftführer.

Braunschweig. Der „Braunschweiger Volksfreund“ bringt
einen ausführlichen Bericht über eine am Sonntag, den 7. Dezbr.
in Seesen abgehaltene Landesversammlung in Betreff der Reichs-
tagswahl. Vertreter waren aus allen Theilen des Landes einge-
troffen. Die Versammlung wurde halb 12 Uhr Vormittags durch
Müller eröffnet. Es erfolgte die Wahl eines Bureaus und der
Mandatprüfungskommission. Die Berichterstattung der aus allen
Theilen des Landes eingetroffenen Delegirten nahm den ganzen
Vormittag in Anspruch und ergab die günstigsten Aussichten für
den Arbeiterkandidaten Bracke in allen drei Wahlkreisen. — Nach-
mittags dreiviertel 3 Uhr wurde die zweite Sitzung durch Kennau
eröffnet und nach Bericht der Mandatprüfungskommission
42. Delegirte anwesend. Hierauf überreichte das Central-Wahl-
Comité der Landesversammlung eine Vorlage, über deren theoretischen
Theil Bracke sprach. Die Vorlage trägt das Motto: Friede der
Arbeit, Tod der Noth und dem Müßiggang und begründet in
10 Punkten, welches die Ursachen des Mißverhältnisses in der Ge-
sellschaft sind und wie die Gleichheit und mit dieser der Friede
unter den Menschen hergestellt werden kann. Zum Schluss wurde
der in 5 Punkten formulirte praktische Theil der Vorlage zur De-
batte gestellt, und wie der „Braunschweiger Volksfreund“ bemerkt,
zog sich durch die ganzen Verhandlungen wie ein rother Faden
hin durch der Entschluß: Am 10. Januar Alle wie ein Mann mit
dem Stimmzettel für den Arbeiterkandidaten Bracke an die
Urnen! — Durch Hamburg zum Sieg. Glückauf!

Altona. Der Hamburger „Sozial-Demokrat“ schreibt:
„Die Hasenclever'schen raisonniren in der gestrigen Nummer
ihres Organs ungemein gegen die Aufstellung Debel's in unserm,
dem 8. schleswig-holsteinischen Wahlkreis und setzen befürchtend
hinzu: dadurch wird nur die Erwählung eines Bourgeois immer

mehr ermöglicht werden. Sie führen noch als erschwerend an,
daß sie gegen die Wahl Debel's im Kreise Glauchau-Neerane
(Sachsen) durchaus Nichts unternommen hätten. Debel's Wahl
sei so wie so in diesem sächsischen Kreise gesichert, weil selbst die
Partikularisten daselbst keinen Gegenkandidaten aufgestellt hätten.
— Eine weinerliche Segendemonstration. Die Berliner hätten
hier und in Hamburg keine Zerplitterung schaffen und bis heute
diesen Tag aufrecht erhalten sollen, so wäre so etwas nicht vor-
gekommen. Daß die Herren Nichts gegen Debel in Sachsen un-
ternommen haben, läßt sich einfach auf ihre Unfähigkeit dazu zurück-
führen; denn im Erzgebirge und Voigtlande wird das Berliner
Blau des „Neuen“ nicht als Fesefutter benützt. Im Uebrigen sind
uns Dr. Schleiden und Hasenclever gleich; beide sind gegen die
Gemeinsamkeit; beide sorgen nur für sich; wenn wir hier darum
für Debel unsere Stimme abgeben, so geschieht es nur, um die
Kopfhahl der Sozialdemokratie und deren Anhang festzustellen.
Denn diejenigen Wähler, welche jetzt für Debel stimmen, würden
sich für Hasenclever ihrer Stimme enthalten.“

Soest, 7. Dezember. Am heutigen Tage wurde von den hie-
sigen Parteigenossen im Rathhause eine Volksversammlung
einberufen. Auf der Tagesordnung stand „die Reichstagswahl.“
Als erster Redner trat Raspe aus Essen auf und erläuterte in
klaren und überzeugenden Worten die Gesamtbestrebungen der
Partei. Nach ihm ergriff Scheil aus Bielefeld das Wort und
ging auf die Thätigkeit der Fortschritt- und liberalen Partei in
parlamentarischer Beziehung näher ein. Am Schlusse seiner Rede
forderte er die hiesigen Parteigenossen auf, von einem eigenen
Kandidaten abzusehen, da die Mitgliedschaft noch sehr jung und
ein nennenswerther Erfolg deshalb nicht zu erwarten sei. Es sei
weit besser, zum Wohle der Gesamtpartei diejenigen Wahlkreise
zu unterstützen, in denen der Candidat Aussicht habe, siegreich aus
der Wahlurne hervorzugehn. Er brachte in diesem Sinne eine
Resolution ein, zu deren näherer Begründung, sowie zur Beant-
wortung einer an ihn gerichteten Interpellation Raspe noch einmal
das Wort ergriff. Als derselbe dazu gelangte, die vergangene
Gesetzgebung zu kritisiren und betonte, daß die Gesetze von gestern
uns heute nicht mehr passen und daß wir mit allen gesetzlichen
Mitteln darnach trachteten, diese umzuändern, da ergriff einer der
vielen bewaffneten Wächter der „Gerechtigkeit“ das Wort, um die
Versammlung in der ungeschicklichsten Weise auszulösen unter dem
Vorgeben, daß der Redner notorisch das Volk aufwiegele. Natürlich
fügten wir uns, unsomehr als nach der Versammlung noch eine
gemüthliche Abendunterhaltung stattfinden sollte. Dieselbe verlief
sehr schön, war aber, wie nicht anders zu erwarten stand, ebenfalls
von ungefähr 5 bis 6 Fickelhauben bewacht. Während der Ball-
zeit hatte der Parteigenosse Georg Schulz die Parteischriften, welche
zu Selbstkostenpreisen abgelassen werden müssen, dem Lokalwirth
in Verwahrung gegeben, nachdem in der Versammlung selbst Die-
jenigen die betreffenden Schriften erhalten hatten, welche dieselben
bestellt hatten und anwesend waren. Die Gendarmenrie compisirte
dieselben beim Wirth, nachdem sie sich, wie man hörte, Ordre vom
Bürgermeister geholt hatte, zu dem ausgesprochenen Zwecke, die-
selben nachzusehen, ob sie vielleicht auch aufwieglertische Inhalts-
 seien. Nun wir können nichts Besseres wünschen, als daß man in
jenen Kreisen endlich einmal ernstlich daran denkt, die Lectüre der
Sozialdemokraten zu subiren. Das Andere wird sich im Laufe
der nächsten Zeit schon finden.

Parteigenossen, haltet unter allen Umständen fest an dem Prinzip
und an der einmal erfassten Organisation, sie wird uns zum Sieg
führen!
H. Steinkemper, Vertrauensmann.
P. Küpper, Schriftführer.

Oberhausen, 1. Dezember. Gestern fand hier eine von ca.
500 Mann besuchte Versammlung im Gasthause zum Schloßchen
statt. Das sozialdemokratische Programm und die Kandidatur
Mosk's wurde einstimmig gutgeheißen.

Mainz, 2. Dezember. Hier entfaltet sich eine rege Agitation
um die Wahl Joh. Jacoby's durchzusetzen. Vor Allem ist es
der wadere Mosk, der sein Möglichstes thut. Die Aussichten in
hiesiger Stadt sind nicht unglücklich, — wie steht es aber in den
übrigen zahlreichen Orten des Wahlbezirks? Ich fürchte, nicht sonder-
lich gut. In keiner Stadt, keinem Dorfe giebt es Parteimitglied-
schaften, und doch hoffen die Mainzer einen Sieg ihres Kandidaten?
Die hiesigen Parteigenossen hätten längst in der Umgegend überall
einen festen Stamm von Mitgliedschaften gründen sollen und es
rächt sich jetzt, daß es nicht geschehen ist. Warum aber ist es
unterlassen worden? Ich weiß in der That keinen hinlänglichen
Grund dafür, und eine Vermuthung soll man lieber nicht aus-
sprechen, wenn man sie nicht gleich irgend begründen kann. —
Desto notwendiger ist es, jetzt aufs Fleißigste in den zahlreichen
kleineren Ortschaften des Wahlbezirks zu agitiren. Dazu bedarfs
allerdings Geld und nochmals Geld. Wie wäre aber, wenn die-
jenigen süddeutschen Parteigenossen, bei denen es Schade um das
auf Wahlagitirungen verwendete Geld wäre, weil augenscheinlich
gar Wenig dabei herankommt, lieber den Mainzern ihre Beiträge
zumenden würden? Unter der Bedingung jedoch, daß Letztere eifrig
thätig seien!

Bürgsburg, 2. Dezember. Am 30. November fanden in der
hiesigen Umgegend durch das Wahlagitations-Comité drei Volks-
versammlungen statt. Als Tagesordnung war für jede Versamm-
lung aufgestellt: „Die bevorstehende Reichstagswahl und ihre
Bedeutung für das Volk.“ Die erste Versammlung fand in
Rimpur statt. Herr Moses Eichler eröffnete die Versammlung
und ließ ein Bureau wählen, in welches Abraham Rottmann als
Vorsitzender und Unterzeichner als Schriftführer gewählt wurden.
Dann ertheilte Herr Abraham Rottmann dem Referenten Herrn
M. Wedeser das Wort. Wedeser referirte in seiner 1 ein halb
stündigen Rede sehr eingehend über die Tagesordnung und erläu-
erte, in welcher schlimmen Lage sich die Landbevölkerung befindet,
und ermahnte diese an die Pflichten, welche sie bei der jetzigen
Reichstagswahl zu erfüllen haben. Das Referat wurde mit sehr
großem Beifall aufgenommen.

Die zweite Versammlung fand in Bersbach statt. Herr Jacob
Scheren eröffnete die Versammlung und ließ ein Bureau wählen,
in welches Moses Eichler als Vorsitzender und Peter Schmitt als
Schriftführer gewählt wurde. Herr M. Wedeser referirte in dieser
Versammlung über dasselbe Thema, ebenfalls unter großem Beifall.
Es ließen sich auch zugleich 12 Mann zur Partei einzeichnen.

Die dritte Versammlung fand in Handroader statt, daselbst
eröffnete Herr Gustav Dreißigacker die Versammlung und ließ ein
Bureau wählen, in welches Isal Kemp als Vorsitzender und Wil-
helm Seubert als Schriftführer gewählt wurden. Isal Kemp er-
theilte dem Herrn Referenten Samuel Siebert das Wort. Auch
Siebert erledigte sich seiner Aufgabe unter großem Beifall.

Wir geben uns der guten Hoffnung hin, daß wir unsern auf-
gestellten Reichstagscandidaten Herrn Carl Grillenberger in dem
hiesigen Wahlbezirk durchbringen werden.

Im Auftrage sämtlicher Schriftführer zeichnet mit sozial-
demokratischem Gruß
Johann Siebenbürger.

Briefkasten
der Redaction. Aus Berlin geht uns ein Brief mit Exemplaren
des „Volkswille“, des „Frankf. Beobachter“, und der „Sidd. Post“, so-
wie mit einem Verzeichniß von deutschen Blättern zu. Wir ersuchen den
anonymen Einsender uns anzugeben, was mit dem Inhalt des Briefes,
der uns doppeltes Porto gekostet hat, geschehen soll. Chr. Meyer in
Nürnberg: Das Mögliche wird geschehen. Brief folgt.
der Expedition. Carl Kemmling Schr. Thlr. 2 26 2. Schw. Berlin
Ab. Nov. Thlr. 8 7 5. Urban Forste Schr. Thlr. 1 22, Ab. 4. Du.
Thlr. 8 8. Harm Eberfeld Schr. 9 Gr. Luke Dresden Schr. 2 Thlr.
Waldt Düsseldorf Ab. 3. Du. Thlr. 1 20. Wrig Goldig Kg.-Kr. 22 Gr.
Exp. d. Volkshin. Dresden Schr. 5 Thlr. B. Bod Gotha Ab. Roub.
Thlr. 4 25, Schr. Thlr. 1 20. Vgt Halberstadt Schr. Gr. 29 5. Sen
München-Glabach Schr. 24 Gr. Erz Kempton Schr. Thlr. 2 21. Carl
Berlin Schr. Thlr. 2 8. Hmann Rochly Schr. u. Ann. Thlr. 2 14 8.
Krd Berlin Schr. 15 Gr. A. Thl Wien Schr. Thlr. 4 10. Brum
Göppingen Schr. Thlr. 2 11. Sten Lunzenau Schr. Thlr. 2 7. R.
Mtin hier Schr. 25 Gr. Ab. Gr. 23 5. Frau Aug Dresden Ann.
8 Gr. Wgr Leuthsch Schr. und Photogr. 2 Thlr. Krgl Eberfeld Ann.
10 Gr. Ab. Dez. 8 Gr. Krgl. Eisenberg Schr. 6 Gr. Wendt Ban-
reuth Schr. Thlr. 1 24 2. Rath Ludenwalde Schr. Gr. 15 5. A.
Trimmn Berlin Schr. Thlr. 17 14 2. Bügr hier Schr. 20 Gr. Wp
Hannover Schr. Thlr. 11 6.

Zum Reichstagswahlfond.
B. Schäfer hier 5 Gr., v. Scallad der Nothen hier 7 Gr. 5 Pf.
v. d. Gewerkschaft der Holzarbeiter hier Sammlung v. 6. Dez. 1 Thlr.
10 Gr. 5 Pf.

Berichtigung.
B. Debel's Werkstätte soll es in voriger Nummer heißen: 1 Thlr.
10 Gr., ebenso die in Nr. 119 quirtirten Thlr. 2 7 5, v. Khr. u. Neuge
hier muß es heißen 1 7 5.

Genossenschaftsbuchdruckerei.
Antheilsscheine bez. Antheilquittungen erhielten ferner: In Stade: A.
B. 1, in Hochfeld bei Dandburg: Chr. S. 3, in Braunschweig: W. B.
u. Co. 1, C. M. 2, A. P. 1, in Nürnberg: G. B. 10 Thlr.
J. F., J. M., G. F., G. B. u. S. in Nürnberg wünschen, daß die
auf ihre Genossenschaftsantheile entfallenden Zinsen als Ratenzahlungen
zu neuen Antheilsscheinen gutgeschrieben werden. Einverstanden? D. S.

Anzeigen etc.
Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Berlin
Sonntag, den 14. Dez. Vormittag 10 Uhr, im oberen
Saal bei Gratzwell, Kommandantenstraße 77/79:

Geschlossene Mitgliedsversammlung.
Abrechnungen. — Bildung eines Central-Wahlcomités. — Unsere
Agitation.

Die Mitgliedskarten sind voranzugehen.
Bei der großen Wichtigkeit muß eine allgemeine Theilnahme statt-
finden.
Der Vertrauensmann.

Dresden
Arbeits- & Wohnungsnachweis von C. J. Evans,
im Arbeiterbildungsverein, Palmstrasse 20. [M.]

Dresden
Photographien von den hervorragendsten Sozialisten
à Dugend 15 Gr. empfiehlt

3a) Henriette Kniefling, Christianstraße Nr. 16, 4. Etage.

Eberfeld-Barmen
Sonntag, den 14. Dez., Nachm.
5 Uhr, werden die Parteigenossen u.
Abonnenten des „Volkstaat“ zu einer Versammlung dringend eingeladen
bei Herrn Kasper, Haspelstraße. — Tagesordnung: Die Reichstags-
wahlen. — Gäste sind willkommen. Im Auftrag: Krügel.

Frankfurt a. M.
Samstag, den 13. Dezember:
Fachverein der Klempner.

Stiftungsfest
verbunden mit Gesang, theatral. Aufführungen und Ball, im Saale zur
„Harmonie“. — Beginn 8 Uhr. — Eintritt 12 Kr. — Damen frei.
Der Vorstand.

Leipzig
Sonntag, den 13. ds., Abends 8 Uhr: Versammlung
bei Zeidler. — Sozialer Wochenbericht v. Kuisenreiter. Geschäftliches,
Fragekasten.

Leipzig
Arbeiterbildungsverein.
Sonntag: 1—3 Uhr Zeichnen. Montag: Gesang
Turnen, Stenographie, Rechnen. Dienstag: Deutsche, englische und
französische Sprache; Schönschreiben. Mittwoch: Diskussion oder Vor-
trag. Donnerstag: Gesang, Stenographie, Turnen, franz. Sprache.
Freitag: Buchführung, engl. Sprache, Werkstattkunde. Sonnabend:
Vortrag über Diskussion. [M.]

Lypsin. unobg. 26^{or}.

Dankagung.
Allen Verwandten und Freunden, welche meiner am 3. ds. 6^{1/2} Uhr
nach langen, schmerzlichen Leiden infolge Amputation des linken Fußes
in Webanien verstorbenen, mir unvergesslichen lieben Frau Friederike
Polsahn geb. Bod, am 6. zur Ruhestätte die letzte Ehre erwiesen haben,
sage ich meinen herzlichsten, tiefgefühlten Dank.

Berlin.
Gottlieb Polsahn, Stalitzerstraße Nr. 7.

Die Herren: Colporteur Simon Schäfer in Chemnitz und Colporteur
Friedrich Müller in Leipzig, werden um Berichtigung unseres Gut-
achtens ersucht.
Expedition d. „Ed. Freie Presse“, Lindenstr. 5.

Im Verlage des Unterzeichneten erschien und durch ihn zu beziehen:
„Freie Gedanken“, Gedichte, 4. Auflage 1 Gr. 5 Pf. „Waldblumen“,
Gedichte, 3 Gr.

Diese, von mehreren größeren Zeitungen sehr günstig recensirten
Werken dürften als passende Weihnachtsgeschenke bestens zu empfehlen sein.
Apolda. W. H. Houb, Buchbinder.

Bekanntmachung.
Nachdem der Weber Karl Robert Müller hier wegen eines von
ihm verfaßten und in Nr. 16 dieses Blattes vom 22. Februar 1873
abgedruckten, mit „Franz Günther, Fabrikarbeiter“ unterzeichneten und ge-
geben den damals in Oberreichenbach angestellt gewesenen Lehrer Volkman
gerichteten Inzerats auf gestellten Strafanzug nach § 185 und 186
des Reichsstrafgesetzbuchs rechtskräftig zu einer vierzehntägigen Gefängnis-
strafe verurtheilt worden ist, so wird dies hiermit antragsgemäß bekannt
gemacht.

Reichenbach, am 3. Dezember 1873.
Königl. Sächs. Gerichtsamt das.
Forwel.

Die Filialen,
welche von „Trug und Schug“ noch Expl. auf Lager ohne augensichtliche
Verwendung haben, werden ersucht, solche sofort zu retourniren.

Die Buchhandlung des „Volkstaat“.

Leipzig: Berantw. Redakteur: M. Preißer. (Redaktion und Ex-
pedition Zeigerstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.